

Michael Sommer
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

DGB-Jahresauftaktpressekonferenz 2012

Berlin, 11. Januar 2012

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich wünsche Ihnen ein gesundes und erfolgreiches 2012 und bedanke mich für die gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr.

Hinter uns liegt ein turbulentes und schwieriges Jahr 2011. Es war geprägt von der Krisenbewältigung in Europa, in dessen Folge tiefgreifende Umwälzungen innerhalb der Euro-Zone auf den Weg gebracht wurden, oftmals zu Lasten des sozialen Ausgleichs. Die damit verbundenen Auswirkungen gerade auch im sozialen Bereich werden die Bürgerinnen und Bürger überall in Europa erst in den nächsten Monaten mit all ihren Folgen zu spüren bekommen.

Ausblick auf das Jahr 2012

In 2012 muss es gelingen, die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Griff zu bekommen und das geht nur, wenn die Finanzmärkte endlich in ihre Schranken verwiesen und nachhaltig reguliert werden. In unseren Augen hat die europäische Krisenpolitik der Staats- und Regierungschefs eine klare soziale Schiefelage, wiewohl wir die Rettung des Euros als einheitliche Währung in Europa stützen.

Gute Arbeit, gerechte Löhne und soziale Sicherheit

Im Zentrum der Arbeit des DGB wird der Kampf um Solidarität und soziale Gerechtigkeit in Deutschland und Europa stehen. Die Bewältigung der Krise darf nicht einseitig zu Lasten der arbeitenden Bevölkerung und der Schwächeren der Gesellschaft gelöst werden.

Wir brauchen Gute Arbeit, gerechte Löhne und soziale Sicherheit! Eine neue Ordnung am Arbeitsmarkt ist überfällig. Menschen müssen von ihrer geleisteten Arbeit leben können – auch im Alter. Und die jungen Menschen in Deutschland und Europa brauchen eine wirkliche Perspektive für ihr Leben, damit sie es so gestalten können, wie sie es möchten. Generation Praktikum, prekärer Berufseinstieg oder gar Arbeitslosigkeit dürfen nicht länger ihre Lebensrealität sein.

Wir wollen für alle Menschen Gute Arbeit – sicher und gerecht! In 2012 werden wir dafür kämpfen, dass

- **der allgemeine gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde ins Gesetzblatt kommt,**
- **„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in der Leiharbeit, spätestens nach einer kurzen Einarbeitungszeit, Lebensrealität für mehr als 850.000 sozialversicherungspflichtige Leiharbeitsbeschäftigte wird,**
- **der Missbrauch von Werkverträgen und Solo-Selbstständigkeit wirksam bekämpft wird und**
- **tarifpolitisch die Verteilungsspielräume ausgeschöpft werden und der Binnenmarkt durch Reallohnzuwächse einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft leisten kann. Doch Sie wissen, Tarifpolitik ist nicht Sache des Dachverbandes, sondern seiner Gewerkschaften.**

Dem DGB und den ihm angehörenden Gewerkschaften ist es gelungen, das Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in die Politik zu tragen. Aber Leiharbeit ist die Tagelöhnerei des 21. Jahrhunderts. Die Betroffenen sind oft hoch qualifiziert, arbeiten sehr engagiert und müssen sich trotzdem von Job zu Job hangeln. Nur die Wenigsten werden übernommen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter leben in ständiger Unsicherheit – über 50 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse dauern weniger als drei Monate. Sie sind arm trotz Arbeit – gut jeder Zehnte muss seinen kargen Lohn mit Hartz IV aufstocken. Für

Leiharbeitnehmer ist das Armutsrisiko größer als bei Festangestellten – sie waren die Ersten, die in der Wirtschaftskrise gefeuert wurden. Das ist die raue Wirklichkeit unserer modernen Arbeitswelt. Hier ist der Gesetzgeber dringend aufgefordert zu handeln. Aber offensichtlich nicht handlungsfähig.

Und auch wenn der CDU-Bundesparteitag einen richtigen, wenn auch bei Weitem noch nicht ausreichenden Schritt in Richtung Mindestlohn gemacht hat: Es fehlt immer noch die Erkenntnis, dass wir in Deutschland den gesetzlichen Mindestlohn brauchen. Mit einem Mindestlohn in der Leiharbeitsbranche ist es hier nicht getan.

Ob der allgemeine gesetzliche Mindestlohn im Rahmen einer Kommission festgelegt wird oder nicht, ist für uns zweitrangig. Entscheidend ist, dass eine verbindliche gesetzliche Lohnuntergrenze alle darunter liegenden Löhne kassieren muss und die notwendige Höhe hat. 8,50 Euro/Stunde liegen an der Untergrenze dessen, was ein würdiges Arbeitseinkommen ausmacht. Wir werden im Interesse der Menschen alles tun, damit 2012 der allgemeine gesetzliche Mindestlohn eingeführt wird – allein mir fehlt bei dieser Regierung der Glaube. Spätestens aber nach der nächsten Bundestagswahl wird der gesetzliche Mindestlohn im Gesetzblatt stehen, da bin ich mir sicher.

Europa demokratisch und sozial stabilisieren

2012 muss das Jahr des sozialen und demokratischen Europas werden. Die Weichen für die Zukunft Europas werden dieses Jahr neu gestellt. Wenn Europa sich als Antwort auf die Krise weiterhin den Finanzmärkten unterwirft, Spardiktate durchdrückt und soziale Errungenschaften über Bord wirft, verliert das historische europäische Integrationsprojekt sein Fundament: die Unterstützung der europäischen Bürgerinnen und Bürger. Wir sind für eine europäische Wirtschaftsregierung. Aber wir warnen davor, den Kurs von bi- und multilateralen Vereinbarungen und Verträgen ohne jegliche demokratische Legitimation fortzusetzen. Die Krisenbewältigung in Europa darf nicht mit einer Schwächung der Demokratie, darf nicht mit einer Schwächung der nationalen Parlamente und des europäischen Parlaments einhergehen. Vielmehr müssen die demokratischen Strukturen gestärkt werden.

Der DGB hält einen Kurswechsel in Europa für unverzichtbar und hat hierzu ein umfassendes Konzept vorgelegt. Das Zukunftsprogramm verbindet Elemente eines Konjunkturprogramms, einer Modernisierungsoffensive, eines Marshall-Plans für die krisengeplagten Länder und einer aktiven Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Handwerkspolitik. Wir brauchen ein langfristiges, europäisches Zukunftsprogramm, um aus der Krise herauszuwachsen statt den Sozialstaat kaputt zu sparen. Wir müssen in zukunftsfähige Industrien und Dienstleistungen investieren, auch Bildung und ökologische Modernisierung müssen gefördert werden.

Wir brauchen in Deutschland und Europa Investitionen in energetische Gebäudesanierung, erneuerbare Energien, die Infrastruktur und Daseinsfürsorge, um die Binnennachfrage zu stärken und den Konsum anzukurbeln. Denn die bisherigen Maßnahmen führen unsere Gesellschaften in eine Sackgasse aus Armut, Ungleichheit, Rezession und letztlich höherer Verschuldung, politischer Instabilität und der Gefährdung der bisherigen Integrationsfortschritte. Nur einseitig zu sparen birgt die Gefahr in sich, dass das deutsche und europäische Wachstum abgewürgt wird. Wir wollen ein gerechtes Europa, ein prosperierendes und ein demokratisches Europa frei von Zukunftsängsten, frei von Armut, mit Teilhabe an Arbeit, Vermögen und Wohlstand für alle.

Solange die Krise mit neoliberalen Mitteln bekämpft wird und die wahren Krisenursachen nicht von Grund auf wirkungsvoll bekämpft werden, steht die Welt noch immer am Abgrund einer Weltwirtschaftskrise. Ich möchte hier keine Krise herbeireden, die keiner von uns haben will, aber bisher wurden nicht im ausreichenden Maße die Konsequenzen aus dem

selbstgefälligen Agieren des Finanz- und Bankensektors gezogen. Politische Entscheidungen müssen von den demokratisch legitimierten Volksvertretern getroffen werden und nicht von anonymen Finanzmanagern und Spekulanten. Die Finanzmärkte müssen endlich streng reguliert und die Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Und zwar nicht irgendwann, sondern jetzt – und wenn es nicht anders geht zuerst im Euro-Raum.

Steuer- und Verteilungspolitik

Rückblickend auf zwei Jahre Schwarz-Gelb im Bund kann niemand mit der Arbeitsleistung zufrieden sein. Bei den Schwachen wird gespart, die Reichen und Vermögenden werden geschont. Das Vertrauen in die Regierung nimmt deshalb kontinuierlich ab. Es fehlen schlüssige Politik-Konzepte und dringende Probleme werden nicht angepackt. Stattdessen beschäftigt sich die Regierung mit ihren personellen Krisen. Das ist die Politik von Schwarz-Gelb.

Neben den personellen Kapriolen sind in der selbsternannten ‚Wunschkoalition‘ die politischen Übereinstimmungen eher die Ausnahme und der offene Streit die Regel. Sehr zum Leidwesen der politischen Kultur in unserem Land. Die fortwährende veritable Krise der FDP macht den kleinen Koalitionspartner unberechenbar. Die CDU muss in dieser Koalition klar und deutlich machen, wer den Hut auf hat.

Wir erneuern unsere Kritik an der Steuersenkungspolitik. Sie ist angesichts der Eurokrise, leerer Staatskassen oder geschlossener öffentlicher kommunaler Einrichtungen der blanke Hohn. Die OECD hat in einer Studie Ende 2011 festgestellt, dass in Deutschland die Einkommensungleichheit seit 1990 erheblich stärker gewachsen ist als in den meisten anderen OECD-Ländern. Das ist auch die Folge einer falschen Steuergesetzgebung, die vor allem den Reichen und Vermögenden zugute kam. Wir hätten im Jahre 2011 50 Milliarden mehr in der Staatskasse gehabt, wenn die Steuergesetze aus dem Jahre 2000 noch gelten würden. Es ist an der Zeit, die Einnahmen des Staats zu verstetigen und durch die Einführung einer Vermögenssteuer, die Reichensteuer, die Erhöhung der Erbschaftssteuer und die Besteuerung von Finanztransaktionen auszubauen.

Arbeitsmarktpolitik krisenfest aufstellen

In der ersten Phase der Krise ist es auch auf Grund des besonnenen Agierens von Politik, Gewerkschaften, Arbeitgebern und Betriebsräten gelungen, den Einbruch auf dem Arbeitsmarkt zu verhindern. Es ist erfreulich, dass die Arbeitslosenzahlen auf unter drei Millionen gesunken sind. Aber leider gibt es neben diesem Licht auch viel Schatten.

Wir haben eine tiefe Spaltung auf dem Arbeitsmarkt. Neue Stellen entstehen meist im Niedriglohnbereich, z.B. in Minijobs, in unfreiwilliger Teilzeit oder in der Leiharbeit. Langzeitarbeitslose finden kaum in den Arbeitsmarkt zurück. Und die Instrumentenreform, die das System der Arbeitsförderung reformieren und vereinfachen soll, ist ein reines Kürzungsprogramm und somit ein Angriff auf die Förderung von Langzeitarbeitslosen und schwer Vermittelbaren.

Die Bundesregierung muss 2012 alles tun, um die Arbeitsmarktpolitik krisenfest aufzustellen. Wenn es darauf ankommt, müssen wir in der Lage sein, schnell zu handeln und z.B. das Kurzarbeitergeld über Nacht wieder einführen. Die Bundesregierung muss hierzu präventiv tätig werden. Darüber hinaus ist es das Gebot der Stunde, die Benachteiligten am Arbeitsmarkt zu fördern und den Fachkräftebedarf der Zukunft zu sichern.

Erfreulich ist: Auf Initiative der Gewerkschaftsgruppe im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit werden in der Arbeitslosenversicherung die Sonderprogramme zur Qualifizierung von Arbeitslosen und Beschäftigten im Betrieb ausgebaut und die finanziellen Mittel um rund 250 Millionen Euro erhöht.

Unerfreulich dagegen: Die Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten und Langzeitarbeitslosen verhärtet sich insbesondere im Hartz IV-System. Es ist sozial- und bildungspolitisch falsch, wenn die Fördermittel für diese Menschen massiv reduziert werden.

Auch 2012 werden Frauen weniger Geld im Portemonnaie haben als ihre männlichen Kollegen – ganz egal, ob sie als Fachangestellte, als Grafikerin oder als Ingenieurin arbeiten. Nachweislich verdienen Männer in Deutschland immer noch rund ein Viertel mehr als Frauen. Oder anders gesagt: Frauen müssen für dasselbe Jahresgehalt wie Männer ein Vierteljahr länger arbeiten. Das bringt der Equal Pay Day am 23.3.2012 anschaulich zum Ausdruck, an dem sich der DGB auch in diesem Jahr aktiv beteiligen wird. Es ist an der Zeit, dass diese Ungerechtigkeit endlich ein Ende hat.

Alterssicherung

Wir haben es durch lang anhaltenden Druck und Aufklärung geschafft, das Thema Altersarmut in die Öffentlichkeit zu tragen. Leider hat der bisherige Verlauf der Gespräche im sogenannten 'Rentendialog' unsere Erwartungen nicht erfüllt. Denn ebenso wie beim Mindestlohn reicht es auch in der Rentenpolitik nicht aus, gesellschaftliche Probleme zu erkennen - man muss sie auch lösen.

Wir brauchen Lösungen für Menschen, die länger arbeitslos waren oder wenig verdient haben. Die im 'Rentendialog' vom Arbeitsministerium vorgeschlagene Zuschussrente ist kein wirksames Konzept gegen Altersarmut. Denn sie hilft gerade denen nicht, die es brauchen, weil die Hürden viel zu hoch sind.

Die Rente mit 67 war und ist eine politische Fehlentscheidung und ist auch angesichts der realen Beschäftigung Älterer nichts anderes als eine Rentenkürzung. Sie muss zurückgenommen, mindestens aber ausgesetzt werden, bis die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer relevant gestiegen ist.

Die Rente mit 67 heißt für viele ältere Beschäftigte ganz konkret: dauerhaft massive Abschläge ihrer Rente. Denn immer noch hat ein großer Teil der Beschäftigten keine Chance, das 65. Lebensalter gesund und in abgesicherter Arbeit zu erreichen.

Wir sind zu flexiblen Lösungen in der Rentenfrage bereit: Menschen, die länger arbeiten wollen und können, sollen das auch tun. Aber Menschen, die wegen ihrer Arbeitsbelastung dazu nicht in der Lage sind, müssen würdig aus dem Arbeitsleben ausscheiden und von ihrer Rente leben können.

Bildung

Unsere Gesellschaft steht vor doppelten Herausforderungen: Wir werden aufgrund der demografischen Entwicklung in der Zukunft immer weniger Erwerbstätige haben, gleichzeitig steigen die Anforderungen an die Beschäftigten. Meistern werden wir diese Herausforderungen nur über Bildung. Das ist zwar eine Binsenwahrheit, die aber realpolitisch immer wieder in die Binsen geht.

Mehr als 1,5 Millionen junge Erwachsene im Alter zwischen 20 und 29 Jahren in Deutschland verfügen über keine abgeschlossene Ausbildung. Mehr als 65.000 Jugendliche verlassen Jahr für Jahr die Schule ohne einen Abschluss. Mehr als 300.000 Jugendliche werden in Warteschleifen im Übergang von der Schule in den Beruf geparkt – ohne Aussicht auf eine vollqualifizierende Ausbildung. Noch immer haben Arbeiterkinder bei gleicher Leistung mehr als dreimal schlechtere Chancen das Gymnasium zu besuchen als Akademikerkinder. Das Bildungsprivileg der Reichen und bürgerlichen Schichten wird nicht abgebaut; es droht sich auch durch eine weitere Privatisierung des Bildungssektors weiter zu verfestigen.

Diese Entwicklung birgt sozialen und ökonomischen Sprengstoff. Es besteht die Gefahr, dass es zu einem Fachkräftemangel in einzelnen Branchen (z.B. Bildung, Pflege, Ingenieure) kommt – und das bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit, wachsender prekärer Beschäftigung und einem ausufernden Niedriglohnsektor.

Wenn auch die aktuellen Klagen der Arbeitgeber-Lobby über den angeblich vorherrschenden Fachkräftemangel übertrieben sind: Wir brauchen in Deutschland dringend eine neue Bildungs- und Ausbildungsoffensive. Denn der Fachkräftemangel ist hausgemacht. Viele Unternehmen erledigen ihre Pflichten nicht. Noch immer bildet nur ein knappes Viertel der Betriebe in Deutschland aus. Die Folge: Der Ausbildungsmarkt kommt nur langsam aus dem tiefen Keller.

In der Krise 2009 ist die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge um mehr als 50.000 eingebrochen. 2010 sank sie trotz eines robusten Aufschwungs nochmals um gut 4.000. Für das zurückliegende Jahr scheint es, als hätten wir die Talsohle durchschritten. Mit einem sich abzeichnenden Plus von 1,8 Prozent Ausbildungsverträgen, nähern wir uns wieder normalen Verhältnissen. Das ist ein erfreulicher Trend, reicht aber nicht aus, um den Fachkräftebedarf von morgen zu decken.

Wenn Betriebe ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen können, müssen sie ihren Blick bei der Einstellung von Auszubildenden erweitern. Sie müssen mehr junge Menschen mit Hauptschulabschluss und auch junge Migrantinnen und Migranten einstellen.

Weitere zentrale Forderungen zur Ausbildung des Fachkräftenachwuchses:

- **Bundesprogramm „Zweite Chance“:** Um den 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren, die keine Ausbildung haben, eine Perspektive zu bieten, muss der Bund ein Bundesprogramm „Zweite Chance“ auflegen, das ihnen den Anspruch auf das Nachholen eines Schul- oder Berufsabschlusses garantiert.
- **Hochschulpakt für beruflich Qualifizierte:** Die Hochschulen müssen sich verstärkt für beruflich Qualifizierte öffnen. Hierzu sollte der Bund mit den Ländern im Hochschulpakt einen Bonus für zusätzliche Studienplätze, die für Menschen ohne Abitur reserviert sind, bieten.
- **Sicherer Berufseinstieg für die junge Generation:** Junge Menschen brauchen einen sicheren Berufseinstieg – und keine prekären Arbeitsverhältnisse. Wir brauchen eine „Zukunftspakt Jugend“. Dazu gehören die unbefristete Übernahme nach der Ausbildung und wirksame Regelungen, um den Missbrauch von Praktika zu bekämpfen.
- **Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie:** Die öffentliche Infrastruktur muss ausgebaut werden; dazu gehören Kitas, Ganztagschulen und ambulante Pflegestützpunkte. Der Ausbau dieser Infrastruktur schafft wiederum neue Arbeitsplätze bzw. sichert Beschäftigung. Die zwei Milliarden Euro, die der Bund für das Betreuungsgeld ab 2013 einplant, sollten in zusätzliche Krippenplätze investiert werden.

Betreuungsgeld ist der falsche Plan

Der reaktionäre Plan der Einführung eines sogenannten Betreuungsgeldes für Mütter und Väter ist in jeder Hinsicht falsch. Es setzt in vielerlei Hinsicht die falschen Signale. Je früher Kinder gemeinsam gefördert werden, desto besser für ihre Zukunft. Darum ist es kontraproduktiv, wenn der Staat Eltern subventioniert, die ihre Kinder nicht in öffentliche Bildungseinrichtungen schicken. Statt Milliarden in das Betreuungsgeld zu versenken, sollte die Bundesregierung das Geld in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen investieren.

Das Betreuungsgeld widerspricht dem erklärten Ziel der Bundesregierung, die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu erhöhen, den beruflichen Wiedereinstieg zu erleichtern und den Frauenanteil in Führungspositionen zu steigern. Es schafft vielmehr einen Anreiz, dem Arbeitsmarkt fernzubleiben. Einkommens- und Karrierechancen verschlechtern sich erheblich, wenn Eltern über längere Zeit nicht erwerbstätig sind. Eltern wollen heute ihre berufliche Entwicklung kontinuierlich fortsetzen und brauchen dafür Unterstützung durch ein hochwertiges Angebot an Kinderbetreuung.

Energiewende gestalten

In der Energiepolitik hat die schwarz-gelbe Bundesregierung viel Vertrauen und Glaubwürdigkeit verspielt, indem sie zuerst der verblüfften Öffentlichkeit im Herbst 2010 die Atomlaufzeitenverlängerung als Brückentechnologie verkaufte, um dann nicht einmal ein halbes Jahr später nach dem Super-GAU von Fukushima eine gepflegte 180-Grad-Wende hinzulegen. Die Kehrtwende war richtig – der endgültige Atomausstieg ist es auch. Jetzt muss konsequent gehandelt werden.

Denn Beschlüsse fassen alleine reicht nicht, es kommt auf die Umsetzung an. Die zuständigen Ministerien müssen an einem Strang ziehen und endlich mal einen Zahn zulegen. Ich erwarte einen echten Masterplan zur Energiewende, der vom Bundeskanzleramt koordiniert und exekutiert werden muss.

Das ‚Gemeinschaftswerk Energiewende‘ ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Chancen für mehr Lebensqualität und neue Arbeitsplätze mit sich bringt. Die Energiewende bietet Anreize für Investitionen und qualitatives Wirtschaftswachstum, die – konsequent verfolgt – die Binnenmarktkräfte in den europäischen Ländern stärkt und auch zur Bewältigung der Finanzkrise beitragen kann. Deutschland muss Vorreiter dieser Entwicklung werden. Der DGB wird sich auch 2012 dafür einsetzen, dass dieser Prozess voran getrieben wird.

Echter Beschäftigtendatenschutz

Der Entwurf zum Beschäftigtendatenschutzgesetz verdient den Namen nicht: das Gesetz schützt nicht die Daten der Beschäftigten, sondern die Interessen der Arbeitgeber an der Überwachung ihrer Mitarbeiter. Statt nach den Datenschutzskandalen vor drei Jahren wie angekündigt die Beschäftigten besser zu schützen, werden Bespitzelungen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf auch noch legalisiert. Ja, es würde in Zukunft weniger Datenschutzskandale geben, aber nur, weil das, was bisher Skandal war, plötzlich gesetzlich erlaubt wäre. Das ist eine Form von Humor, über den Beschäftigte keineswegs lachen können.

Dieser Entwurf sollte geräuschlos entsorgt werden. Eigentlich muss man von der Bundesjustizministerin Leutheusser-Schnarrenberger erwarten können, dass sie in dieser Frage eine ähnlich konsequente und Beschäftigte schützende Haltung einnimmt, wie bei der Vorratsdatenspeicherung.

Über 3000 Betriebs- und Personalratsgremien wenden sich in einer DGB-Initiative gegen den Gesetzentwurf. Dies sollte der Bundesregierung zu denken geben. Denn die Ablehnung der vielen, auch großen Betriebs- und Personalratsgremien zeigt ganz deutlich: Dieser Gesetzentwurf geht vollkommen an der Wirklichkeit in den Betrieben und Verwaltungen vorbei und wird den Praxistest nicht bestehen.

Kampf gegen Rechtsextremismus

Wir brauchen eine breite Offensive gegen Nazi-Terror, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Der Kurs von Bundesministerin Schröder hierzu ist

kontraproduktiv. Sie hat sich vor allem hervorgetan mit einem unsäglichem Misstrauen gegenüber Organisationen und Initiativen gegen Rechtsextremismus. Initiativen, Projekte und Organisationen, die sich Neonazis tagtäglich widersetzen und deren Opfer beraten, brauchen finanzielle Unterstützung statt eines Gesinnungs-TÜV des Bundesfamilienministeriums.

Wir fordern ein Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen sowie ein entschiedenes Vorgehen gegen Nazi-Seiten im Internet. Es ist für einen überzeugten Demokraten fast unerträglich, dass sich eine bekanntermaßen demokratiefeindliche Gruppierung wie die NPD durch Wahlkampfkostenerstattung finanzieren kann.

Mitgliederentwicklung und Umsetzung der neuen DGB-Satzung

Trotz Krise und demographischer Entwicklung, die die Gewerkschaften ebenso wie andere Großorganisationen in ihren eigenen Reihen spüren, ist es uns gelungen, auch in 2011 die Mitgliederzahlen weiterhin bei deutlich über 6 Millionen zu konsolidieren und zu stabilisieren. Verantwortlich ist hierfür ein Mix aus einer Steigerung der Neueintritte und sinkender Abgänge. Ich gehe aber nicht davon aus, dass es schon in 2011 gelungen sein wird, die altersbedingten Verluste vollständig durch Neueintritte zu kompensieren, obwohl wir jeden Tag mehr als 800 Neueintritte bei den Gewerkschaften verzeichnen.

Uns fehlen noch einige wenige Detailzahlen aus dem Dezember, deswegen bitte ich Sie um Verständnis, dass wir ihnen die genaue Entwicklung nachtragen müssen. Sie werden darüber noch im Januar per Pressemitteilung informiert.

Ich möchte Sie noch kurz über den Stand der Umsetzung der auf dem DGB-Kongress beschlossenen neuen Satzung informieren. Die beschlossenen Reformen werden konsequent umgesetzt und wir verzeichnen schon jetzt eine Vielzahl von Gründungen von ehrenamtlichen Vorständen auf der Kreis- und Stadtverbandsebene. Die DGB-Bezirke haben die Gründungen von ca. 325 Kreis- und Stadtverbänden in den Landkreisen und kreisfreien Städten bis 2013/2014 in der konkreten Planung. Die zu gründenden Kreis- und Stadtverbände sollen alle Kreise und kreisfreien Städte mit neuen ehrenamtlichen Vorständen in Deutschland abdecken.

Die Stärke des Dachverbandes ist, dass er die Stimme der gebündelten Gewerkschaftsbewegung ist und als mitbestimmende Kraft im politischen Umfeld wirkungsvoll auftreten kann. Ich sehe uns da gut aufgestellt. Die DGB-Gewerkschaften scheuen die Herausforderungen nicht, die sich aus der sich rasant verändernden Dienstleistungsgesellschaft und der industriellen Produktion ergeben. So werden die Vorsitzenden der Mitgliedsgewerkschaften und die für Organisationspolitik zuständigen Vorstandsmitglieder sich in diesem Monat unter meiner Moderation zusammensetzen, um Gespräche über organisationspolitische Entwicklungen zu führen und Klärungen zu erzielen.

In der nächsten Woche tagt der DGB-Bundesvorstand in Klausur. Da werden wir uns mit der langfristigen inhaltlichen Aufstellung des DGB und seiner Gewerkschaften mit Blick auf die Bundestagswahl befassen. Darüber hinaus werden wir über unsere weitere Europastrategie diskutieren. Als Gäste haben wir Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen und die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft eingeladen.

Internationale Gewerkschaftspolitik

Und bevor ich Ihnen gerne Ihre Fragen beantworten werde, gestatten Sie mir einige Bemerkungen zur internationalen Gewerkschaftspolitik.

Auch für die internationale Gewerkschaftsbewegung wird die soziale Dimension der Globalisierung im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen. Arbeitnehmerrechte, so wie sie die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) kodifiziert hat, müssen weltweit eingehalten werden.

Und wir werden die ILO in ihrer Funktion als weltweite Wächterin für die Durchsetzung und Schaffung internationaler Arbeitsstandards unterstützen. Wiewohl wir der Meinung sind, dass sich die Internationale Arbeitsorganisation reformieren muss. Als Weltorganisation der Arbeit muss sie als gleichwertiger Partner innerhalb der UN- und der anderen multilateralen Institutionen, also der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der Welthandelsorganisation und der OECD, wirken. Sie muss dies auch tun, um sowohl im G20-Kontext als auch bei Strukturanpassungsprogrammen des IWF und der Weltbank kompetent mit am Tisch zu sitzen und die Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten.

Ende Mai steht die Wahl eines Nachfolgers für den derzeitigen ILO-Generaldirektor Juan Somavía innerhalb der ILO an. Hierzu wird sich die Führung des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Januar in Berlin treffen, um sich auf eine einheitliche Haltung der Arbeitnehmergruppe zu verständigen. Gegen uns darf und wird es keine Wahl der neuen ILO-Spitze geben.

Die G20-Gewerkschaften werden neben den Arbeitgeberverbänden zu regelmäßigen und offiziellen Konsultationen mit den Regierungen eingeladen. Wir werden auf dem G20-Gipfel in Mexiko in diesem Jahr das Thema Beschäftigung ganz oben auf die Agenda setzen. Der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit muss geführt und menschenwürdige Arbeit geschaffen werden.

Abschließend möchte ich Sie noch auf einen Termin hinweisen, der für uns im Jahr 2012 von besonderer Bedeutung ist: Am 8. und 9. Juni veranstalten wir gemeinsam mit der EKD und den großen Umweltverbänden einen internationalen Kongress hier in Berlin. Wir erwarten 900 Gäste aus dem In- und Ausland. Allein die Trägerschaft ist schon etwas Besonderes, sie unterstreicht die Bündnisfähigkeit des DGB.

EKD, Umweltverbände und Gewerkschaften stimmen darin überein, dass die europäische und genauso die deutsche Politik eine neue Richtung brauchen. 40 Jahre nach dem Bericht des Club of Rome, 25 Jahre nach dem Brundlandt-Report und 20 Jahre nach der ersten Konferenz in Rio werden wir unmittelbar vor Beginn des Rio+20-Treffens gemeinsame Anstöße für die überfällige Debatte über die Zukunft von Arbeit, Demokratie und Gerechtigkeit und die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung auf eine nachhaltige Entwicklung geben. Wir werden über Finanzmarktregulierung genauso diskutieren wie über Gute Arbeit im Kontext der Energiewende oder Maßnahmen gegen Nahrungsmittelspekulationen.

Sie sind zu dem Kongress und der Debatte herzlich eingeladen.

Vielen Dank!
